

Augsburg, den 10.03.2017

Pressemitteilung

SPD-Fraktion zur „Offensive Wohnraum Augsburg“: Der richtige Weg!

SPD-Stadtrat Stefan Quarg zeigt sich erfreut: „Die Impulse der SPD in der großen Koalition tragen Früchte.“ Es sei endlich gelungen, eine Gesamtbetrachtung des notwendigen Wohnungsbaus zu schaffen. Im Rahmen seiner Verantwortung in der Stadtregierung habe der Sozialreferent Dr. Stefan Kiefer einen maßgeblichen Anteil an den aufgeführten sozialen und ökonomischen Maßnahmen. Der „Arbeitskreis Wohnen“ der SPD habe zwar mehr Wohneinheiten ermittelt. Die SPD könne sich aber vorerst mit den potentiell reduzierten, vorsichtigen Zahlen der Stadtplanung arrangieren, so der baupolitische Sprecher Quarg.

Eine generelle Verdichtung im urbanen Raum werde in Zukunft unabdingbar. Das vorgestellte Maßnahmenpaket müsse bis 2020 gemeinsam durch CSU, SPD und den Grünen vorangetrieben werden, um der äußerst angespannten Wohnungsmarktsituation Rechnung tragen zu können. Die Forderungen der SPD-Stadtratsfraktion wie z.B. die Förderung besonderer Wohnformen sowie Beratungsangebote und Familienförderung für städtische Wohnbauflächen würden in dem Maßnahmenkatalog umgesetzt. Dank der Beharrlichkeit des Sozialreferenten Dr. Stefan Kiefer würden bis Ende 2020 rund 1.800 Wohnungen nach dem EoF-Programm entstehen, betont SPD-Stadtrat Dr. Florian Freund.

Der neue Gebietstypus von Bundesbauministerin Barbara Hendriks (SPD) „Urbane Gebiete“ für Wohnungsbau in Gewerbegebieten und stark verdichteten Räumen könne, laut Quarg,

mehr Flexibilität für die Kommunen bedeuten. Der Grundgedanke dieses Gebietstypus sei das Miteinander des Wohnens und Arbeitens.

„Die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt die „Offensive Wohnraum Augsburg“, mit ihrem 5-Säulen-Modell. Damit hat das Dreierbündnis der Stadtregierung eine zeitgemäße Antwort auf eines der zentralen Themen unserer Stadt präsentiert“, so Freund weiter.

Dennoch muss die Forderung der SPD-Stadtratsfraktion, bei der Ausweisung von Neubaugebieten mindestens 30 Prozent geförderten Wohnbau zu errichten, zwingend in den Maßnahmenkatalog aufgenommen werden, um eine nachhaltige Entlastung zu bewirken, so SPD-Fraktionsvorsitzende Margarete Heinrich.

Oberbürgermeister Dr. Gribl sei als stellv. Vorsitzender des Bayerischen Städtetages in der Pflicht sich dafür einzusetzen, dass die Mittel des Freistaates Bayern zur Wohnraumförderung wieder deutlich angehoben werden, betont Heinrich abschließend.

F.d.R.
Michael Egger
Fraktionsgeschäftsführer